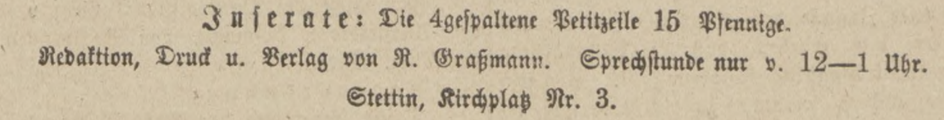
Abonnement für Stettin monatlich 50 Pfennige, mit Trägerlohn 70 Pfennige, auf der Post vierteljährlich 2 Mark, mit Landbriefträgergeld 2 Mark 50 Pfennige.


Inserate: Die 4gespaltene Petitzeile 15 Pfennige.
Redaktion, Druck u. Verlag von R. Graßmann. Sprechstunde nur v. 12—1 Uhr.
Stettin, Kirchplatz Nr. 3.

# Stettiner Zeitung.

Abend-Ausgabe. Dienstag, den 11. Mai 1880. Nr. 216.

## Deutscher Reichstag.

49. Sitzung vom 10. Mai

Präsident Graf von Arnim eröffnet die Sitzung um $11^1/_2$ Uhr mit geschäftlichen Mittheilungen.

Am Tische des Bundesrathes: Staatssekretär Hofmann, Bitter, v. Liebe u. A.

Tagesordnung:

1. Fortsetzung der zweiten Berathung der am 7. März 1880 zu Wien unterzeichneten revidirten Elbschifffahrtsakte nebst Schlußprotokoll von demselben Tage auf Grund des mündlichen Berichts der XV. Kommission.

Abg. v. Kardorff erklärt sich gegen den Antrag des Referenten und für Genehmigung der Vorlage. Redner wendet sich zunächst gegen die Ausführungen des Abg. Windthorst, welcher wiederholt behauptet habe, daß die Regierung den Kulturkampf provozirt habe. (Sehr richtig!) Das sei falsch. Der Abg. Windthorst sei es gewesen, welcher im Jahre 1871 das Reich für die Wiederherstellung der weltlichen Herrschaft des Papstes habe engagiren wollen und damit den Kulturkampf inaugurirt habe. (Widerspruch im Centrum.) Sich sodann zu den Ausführungen des Abg. Wolffson wendend, spricht Redner sein Erstaunen darüber aus, daß dieser Abgeordnete sich auf den Abgeordneten Delbrück für das Recht Hamburgs berufen habe, während doch der Reichskanzler dessen Behauptung von dem Unterschiede zwischen Ober- und Unterelbe ausdrücklich als eine willkürliche bezeichnet habe. Redner geht sodann auf die Ausnahmestellung Hamburgs näher ein. Der Herr Reichskanzler habe ausdrücklich betont, daß die Freihafenstellung Hamburgs nur eine vorläufige sei. Daß die nationale Strömung matter geworden, sei nicht richtig; sie sei ruhiger, aber auch stärker geworden, auch innerhalb des Centrums. Aber in den Hansestädten sei die Strömung eine rückläufige geworden. Die Hamburger und Bremer Einwohner müßten nicht nur Hamburger und Bremer, sie müßten vor Allem Deutsche sein.

Abg. Dr. Virchow freut sich, daß der Vorredner Klarheit in die Sache gebracht. Derselbe verlange offen die Beseitigung der Freihafenstellung. Der Herr Reichskanzler sei nicht so weit gegangen, er habe sogar behauptet, daß diese Ausnahmestellung nicht angetastet werden soll. Man müsse sich darüber aber klar werden. Um eine nationale Frage handele es sich hier nicht, eine nationale Frage sei es, ein nationales Recht zu schützen. In der Interpretation der Verfassungsbestimmungen sei der Reichskanzler noch niemals glücklich gewesen. Der Reichstag habe nur festzustehen auf dem durch die Verfassung geschaffenen Rechtsboden; er dürfe nicht zulassen, in den klaren Wortlaut der Verfassung willkürlich Dinge hinein zu interpretiren, die nicht darin stehen. Verfassungsartikel seien nicht dazu da, den Gelüsten des Augenblickes zu dienen, sie sollen zu allen Zeiten zu Recht bestehen bleiben. Für die Frage der Beseitigung der Freihafenstellung könnte er sich gelegentlich interessiren, aber er wolle nicht, daß diese Frage in diesem Augenblicke aufgeworfen werde. Er wolle nur den Rechtspunkt untersuchen und er freue sich, daß der Referent sich ebenfalls auf die Rechtsfrage beschränkt habe. Er sei sehr gespannt darauf, zu erfahren, wer denn die preußischen Unterthanen sind, welche durch die Freihafenstellung Hamburgs geschädigt werden. Die Stadt Altona könne es nicht sein, denn die habe gegen diese Maßregel protestirt. Es könnten also nur die preußischen Spritfabrikanten sein (Heiterkeit). Er sei erschreckt gewesen über die Mißstimmung, welche sich in der Rede des Reichskanzlers ausgedrückt habe. Für seine Partei möchte er wenigstens die Erklärung abgeben, daß sie sich ganz frei fühle von irgend einem Gefühle des Hasses oder der Antipathie. Die nationale Einheit sei von der liberalen Partei groß gezogen und schon zu einer Zeit in ihr Programm aufgenommen, wo der Reichskanzler diesen Gedanken noch bekämpfte. Seine Partei werde auch nie fehlen da, wo es sich darum handele, das nationale Interesse im Sinne der idealen und materiellen Wohlfahrt zu fördern. Die liberale Partei habe am meisten für die idealen Interessen der Nation gewirkt, es sei dies geradezu eine Spezialität der Fortschrittspartei. Letztere wisse sich frei von den Vorwürfen zentralistischer und partikularistischer Bestrebungen. Was er (Redner) für verderblich halte, das sei die Augenblickspolitik des Reichskanzlers. Die Politik müsse wieder eine mehr beständige werden, dann werde es ihm auch an Freunden für seine Politik nicht fehlen. Er werde sich vor dem Gedanken nicht entsetzen, daß ein Ministerium aus klerikalen und konservativen Elementen bestehen könnte. Ein Ministerium, aus der Majorität des Reichstages zusammengesetzt, berechtige zu der Hoffnung, etwas schneller vorwärts zu kommen. Vielleicht würde man dann auch den Kollegen Völk wiedergewinnen mit dem deutschen Völkerfrühling. (Heiterkeit.) Redner erklärt zum Schluß, daß, wenn er und seine Freunde für den Antrag der Kommission stimmen, so geschehe dies nicht, um mit diesem Votum sich gegen eine nationale Politik zu erklären, sondern in dem Sinne, daß sie für das Reich und für die Reichsverfassung votiren. (Lebhafter Beifall links.)

Finanzminister Bitter erklärt gegenüber einer Aeußerung des Vorredners, daß weder an ihn, noch an das preußische Staatsministerium, noch überhaupt an ein preußisches Ressort die Anfrage wegen Beseitigung der Freihafenstellung Hamburgs gerichtet worden sei. Diese Frage komme also hier gar nicht in Betracht. Dieselbe stehe gar nicht zur Debatte und sei diese Verbindung mit der gegenwärtigen Vorlage nicht zu rechtfertigen. Es könne an der Elbschifffahrtsakte auch nichts gefunden werden, was an eine Beseitigung der Zollgrenze in der Elbe, noch auch an eine Beseitigung der Freihafenstellung Hamburgs und Bremens irgend wie auch nur denken läßt. Er bitte also, diese Frage heute fallen zu lassen und die Akte zu genehmigen.

Abg. v. Bennigsen: Einen solchen Vorbehalt an die Genehmigung des vorliegenden Vertrages zu knüpfen, sei schon um deshalb sehr bedenklich, weil es sich nicht empfiehlt, innere Angelegenheiten in den mit einem fremden Staate abgeschlossenen Vertrag hineinzubringen. Die Feststellung der Zollgrenze sei eine staatsrechtliche Frage. Wer die Entscheidung darüber habe, ob der Bundesrath allein oder nur unter Mitwirkung der Gesetzgebung, sei zweifelhaft. Der Vorbehalt, wie er gefaßt ist, sei aber auch schon um deshalb unannehmbar, weil er sich in dieser Form auf den österreichischen Elbstrom erstreckt. Es sei auch im Großen und Ganzen viel weniger von der Elbschifffahrtsakte, als vielmehr von der besonderen Stellung Hamburgs die Rede gewesen, wie der Frage, welche Behörde kompetent sei, über die Freihafenstellung Hamburgs bezw. über die Abgrenzung der Zollgrenze auf der Elbe zu entscheiden. Es seien darüber die verschiedensten Meinungen zu Tage getreten und er möchte hieraus die Folgerung ziehen, daß es wünschenswerth sei, diese ganze Frage, ehe sie zur Entscheidung gelangt, noch einmal einer näheren Prüfung zu unterziehen. Ein großer Theil seiner politischen Freunde sei daher zu dem Entschlusse gekommen, daß es besser sei, die Entscheidung über diese Frage in dieser Session zu vertagen. Er werde sich deshalb den Antrag zu stellen erlauben, diese Frage zu einer schriftlichen Berichterstattung der Kommission zurückzugeben, denn dieser Vorbehalt sei entschieden unzulässig. Auch wenn es sich darum handele, ein Recht für den Reichstag zu erlangen auf diesem Gebiete, halte er es für unzulässig, daß die Genehmigung eines Vertrages zu diesem Zwecke benutzt werde. Redner spricht seine Befriedigung darüber aus, daß der Herr Reichskanzler so entschieden erklärt habe, er werde niemals zugeben, daß die partikularistische Strömung im Reiche an Boden gewinne. Der Abg. Virchow und dessen Partei habe keinen Antheil an dem Zustandekommen der nationalen Einheit, dieses Verdienst gebühre allein dem Herrn Reichskanzler. Den nationalen Gedanken habe die liberale Partei allerdings lange vor 1866 vertreten, aber ohne einen König von Preußen und einen Minister, welcher seine ganze Existenz auf's Spiel setzte, wäre die Durchführung desselben niemals möglich gewesen. Das müsse er dem Abg. Virchow zugestehen, daß ein klerikal-konservatives Ministerium nicht lange wirthschaften würde, denn das deutsche Volk vertrage keine kirchlich-politische Reaktion. Aber die Herren könnten doch viel Unheil anrichten. (Sehr richtig! links.) Dem müsse man vorbeugen. Sammle man sich daher auf nationaler Seite und vertage heute eine Frage, deren Entscheidung gar nicht dränge.

Staatssekretär Hofmann erwidert dem Abg. Virchow, der Herr Reichskanzler treibe keine schwankende Politik, er verfolge feste Ziele und habe seine Ziele erreicht selbst gegen Herrn Virchow und dessen Partei. Die Rede des Herrn von Bennigsen könne er nur mit Genugthuung begrüßen. Was die Frage selbst anlange, so könne Hamburg nur dann ein Veto einlegen, wenn es sich um den Freihafen im Ganzen handele, nicht um dessen Grenzen. Der Kommissionsantrag sei unklar und beschränke sich nur auf die Unterelbe. Rechtlich stehe fest, daß die Unterelbe genau so zu behandeln sei, wie die Oberelbe, und wenn man oben Revisionen vornehmen dürfe, dann sei dies auch unten zulässig. Man dürfe nur keinen Wasserzoll auf der Unterelbe zwischen Hamburg und der Nordsee erheben, wohl aber dürfen die Schiffe behufs ihrer Revision nach zollpflichtigen Gegenständen angehalten werden. Redner bittet um Ablehnung der Anträge und um vorbehaltlose Genehmigung des Vertrages.

Abg. v. Helldorff-Bedra schließt sich den Ausführungen des Vorredners, was die Vorlage betrifft, in allen Theilen an. Redner geht alsdann auf einzelne Punkte aus der Rede des Reichskanzlers näher ein, indem er namentlich bemüht ist, die angebliche klerikal-konservative Koalition als ein Gespenst zu bezeichnen, mit dem man vergeblich das Volk schrecken wolle. Die konservative Partei habe und werde sich geeignetenfalls dankbar der Hülfe des Centrums bedienen, aber immer vorbehaltlich der eignen freien Prüfung. Er habe in der Rede des Kanzlers die Mahnung zu größerer Ruhe im Kampfe der Parteien und zur Wahrung der Kompetenz des Bundesrathes warm empfunden und in diesem Sinne müsse er sich entschieden gegen den Antrag der Kommission in Bezug auf den Vorbehalt erklären, und er bitte, gegen denselben zu stimmen. (Lebhafter Beifall rechts.)

Abg. Freiherr v. Schorlemer-Alst: Der Abg. von Kardorff hat dem Abg. Windthorst vorgeworfen, daß er sein Schlachtroß auf dem Gebiete des Kulturkampfes getummelt, den vorliegenden Gegenstand aber gar nicht berührt habe. Was hat nun der Abg. Kardorff zu dieser Sache gesprochen? Er hat von Hamburg und Bremen, und über vieles Andere, aber nicht über diese Sache sich ausgelassen. Weiter hat er dem Abg. Windthorst vorgeworfen, daß er den Kulturkampf in die Debatte gezogen habe. Dies bestreite ich. Der Reichskanzler hat dies am Samstag gethan und heute der Abg. von Kardorff. Ich werde mich daher vorzugsweise mit der Rede des Fürsten Bismarck beschäftigen. Ich bin dem Herrn Reichskanzler für diese Rede sehr dankbar, denn sie hat wesentlich aufklärend gewirkt. Er hat versucht, uns nach Rom hin zu diskreditiren und Uneinigkeit in unsere Partei zu tragen. Was den letzten Punkt anlangt, so wird ihm dies nicht gelingen; wir werden auch später sehr geschlossen zusammenstehen, und so sehr wir den Frieden wünschen, den uns aufgezwungenen Kampf unter unserm bewährten Führer, der Perle von Meppen, fortzusetzen wissen. (Heiterkeit.) Er hat uns ferner vorgeworfen, wir seien unter priesterlichem Einfluß gewählt. Die Geistlichen sind ja doch so decimirt, daß sie nicht viel Einfluß mehr haben. (Widerspruch links.) Was will denn nun aber der Reichskanzler von uns? Er will, daß wir mit ihm durch Dick und Dünn gehen, und will uns dann auch hier und da auch einige Brosamen religiösen Friedens zukommen lassen. Dazu, meine Herren, ist aber unsere Partei zu gut. Ich will dem Reichskanzler sagen, warum er keine sichere Majorität hat. Es kommt das daher, weil er selbst die Parteien fort und fort zersetzt, weil er unbedingte Heeresfolge verlangt, und daher stammt auch seine Abneigung gegen das Centrum. Dies muß ihm die Parteien und die Herzen entfremden, und einen nationalen Gedanken erblicke ich darin auch nicht. (Sehr richtig! links.) Der Herr Reichskanzler hat am Schluß seiner Rede die Parteien aufgefordert, uns ferner die Heeresfolge zu versagen. Das war eine nette Heeresfolge. (Große Heiterkeit.) Ich erinnere Sie nur an den Kulturkampf und andere Drangsalirungen unserer Partei. Was die vom Abg. von Bennigsen beantragte Zurückverweisung an die Kommission betrifft, so habe ich nicht daran gezweifelt, daß der Abg. von Bennigsen der sein wird, der aus dieser Sackgasse, in der wir uns befinden, die Hinterthür zu einem Kompromiß finden wird. Votiren Sie, wie Sie wollen, aber überlegen Sie sich dabei, wenn Sie von dem Antrag Delbrück zurücktreten, fallen Sie von sich selbst ab. (Beifall im Centrum.)

Staatssekretär Hofmann widerspricht Namens der Regierung dem Antrage Bennigsen und bittet wiederholt um Annahme der Vorlage.

Abg. Dr. Delbrück: Ich habe mir das Wort erbeten, um auf die persönlichen Angriffe des Reichskanzlers gegen mich zu antworten; das Wort als Referent über die Ausführungen gegen den Kommissionsvorschlag behalte ich mir bis nach Schluß der Diskussion vor. Der Herr Reichskanzler hat sich bemüht, indem er meine Stellung während meiner amtlichen Thätigkeit kritisirte, mich in Widerspruch zu setzen mit meiner Thätigkeit in der Kommission und als Abgeordneter. Ich habe die Akte nicht entworfen und hatte im Jahre 1874 auch nicht die Zeit dazu. Richtig ist aber, daß, als mir der Entwurf zuging, ich denselben dem Bundesrath vorgelegt und für denselben die preußische Stimme im Bundesrath abgegeben habe. Aber der Reichskanzler ist doch selbst öfters in der Lage gewesen, ein Gesetz in den Reichstag zu bringen und durchzusetzen, dessen Aenderung er nach 5 bis 6 Jahren selbst beantragen muß, weil die Gesichtspunkte, unter denen es eingebracht wurde, sich geändert haben. Es ist eben naturnothwendige Konsequenz, daß man nach einer Reihe von Jahren unter veränderten Verhältnissen eine Vorlage anders ansieht, als vorher. In diesem Falle befinde ich mich und ich glaube nachgewiesen zu haben, daß mir eine Inkonsequenz nicht vorzuwerfen ist. Sodann ist auf die Verhandlungen Bezug genommen, infolge deren hamburgische Gebietstheile dem Zollverein angeschlossen werden sollen. Ich habe aber mich selbst dagegen verwahrt, daß dasjenige, was ich mir anzuführen erlaubte, allgemein angewendet werden dürfe. Das ist unzweifelhaft, daß der Bundesrath in dieser Frage zu beschließen hat. Aber in allen diesen Fragen ist der Beschluß des Bundesraths immer nur das Tüpfchen auf dem „i“ gewesen; es war immer vorher volles Einverständniß vorhanden; gegen den Widerspruch des betheiligten Staates ist nie ein Theil seines Gebiets in die Zolllinie gezogen worden. (Hört! hört!) Der Beschluß des Bundesraths war immer nur die Beglaubigung des Einverständnisses gewesen. Ferner hat der Reichskanzler zum Beleg, daß gewisse rückläufige Bewegungen im nationalen Leben vorhanden sind, angeführt, daß er zu dieser Ueberzeugung gekommen sei, seitdem er sehe, daß sein bedeutendster Mitarbeiter heute Arm in Arm mit dem Centrum und anderen Parteien, die gegen die Reichsverfassung waren, gehe. Ich glaube aber nachgewiesen zu haben, daß es bestehendes Recht ist, daß die Unterelbe ohne Gesetz nicht unter Zollkontrolle gesetzt werden darf. Wenn ich mich dabei des Einverständnisses eines Theiles des Hauses erfreue, der im vorigen Jahre auf wirthschaftlichem Gebiet dem Reichskanzler zugestimmt hat, so kann mich die Zustimmung dieses Theiles des Hauses in meiner rechtlichen Ueberzeugung ebensowenig beirren, wie sie im vorigen Jahre den Reichskanzler auf wirthschaftlichem Gebiete beirrt hat. (Lebhafte Zustimmung links.) Wenn ich jetzt für den Schutz des bestehenden Rechts eintrete, so glaube ich nicht, daß ich dadurch partikularistisch werde; sollte ich es aber dadurch sein, so bin ich es nicht erst heute, sondern schon seit 30 Jahren. (Lebhafter Beifall.)

Unter großer Unruhe des Hauses spricht sodann noch der Abg. Löwe (Bochum) im Sinne des Reichskanzlers; es wäre ein großer politischer Fehler, wenn man die Vorlage fallen ließe.

Abg. Dr. Lasker: Es erscheint mir als ein Fehler von allen Seiten, eingeschlossen den Herrn Reichskanzler, die heutige Verhandlung unter dem Gesichtspunkte der Zollvereinsanschlüsse zu betrachten. Dies war auch der Fehler des Abg. v. Bennigsen, daß er Hänel zitirte, der gar nichts zu thun hat mit der gegenwärtigen Streitfrage, nämlich daß den Hansestädten gewisse Rechte gegeben sind, die allgemeine Verwaltungsrechte sind. Was hier betrachtet werden muß, ist: wie ist der gegenwärtige Zustand, wie wird er gesetzlich gehandhabt seit 60 Jahren, und was soll nach der Elbschifffahrtsakte folgen. Nun ist aber gar kein Streit, daß durch diese Akte ein gesetzlicher Zustand geschaffen ist, wonach bei Hamburg die letzte zollamtliche Grenze und Revisionsstelle vorhanden ist. Die Elbschifffahrtsakte behandelt ferner die Rechtsmaterie, die Rechte der Unterthanen und der einzelnen Staaten, und zum Ueberfluß erkennt die Akte selbst an, daß sie die entgegenstehenden Gesetze aufhebt. Auch sind sämmtliche Abänderungen der Akte, welche bei

der Verfassung in Preußen zu Stande gekommen sind, immer der Genehmigung des preußischen Abgeordnetenhauses unterbreitet worden. Es steht danach fest, daß die Waare von Hamburg bis zum Meere hin keine zollamtliche Abfertigung erleiden darf. Dieser Zustand besteht seit 60 Jahren, und Sie werden mir zugeben, daß die Beibehaltung desselben eine rechtsgültige Forderung ist. Von jetzt ab soll es anders werden, und die Regierung ermächtigt sein zur zollamtlichen Abfertigung auch unterhalb Hamburgs. M. H.! Die Lehre von den Verträgen ist staatsrechtlich noch nicht festgestellt, die Regierungen können sich die Freiheit der Entscheidungen beilegen, wie sie die geschlossenen Verträge handhaben wollen zu ihrem Nutzen, und so liegt es auch hier. Ich finde in der Verfassung, daß das Reich ein einheitliches Zoll- und Bundesgebiet hat. Augenblicklich wird aber gleich daneben gesetzt, daß einzelne Zollausschlüsse zulässig seien. Nun bestimmt Art. 7 Nr. 2 der deutschen Verfassung: Wenn ein Reichsgesetz ergangen ist und zur Ausführung Verordnungen oder Einrichtungen nothwendig sind, so sollen diese dem Bundesrathe obliegen, soweit nicht die Verfassung anders bestimmt. Das kann und darf nicht entfernt die Bedeutung haben, daß er vertragsmäßige Rechte abändern könne. Als der Artikel 7 der Verfassung gemacht wurde, wurde auch ausdrücklich festgestellt, daß dieses Verordnungsrecht nur die Bedeutung haben solle, daß der Bundesrath das Recht habe, allgemeine Bestimmungen zu erlassen. Es ist also nicht nur nicht nothwendig, diese Frage dem Bundesrathe zu überlassen, sondern wir haben sogar dasselbe Recht, mitzustimmen, und von einer Verletzung der Verfassung kann nicht die Rede sein. Was die nationale Politik betrifft, so war ja der Reichskanzler bisher der Mann, den zu schwer geladenen Karren auch wieder herauszurollen, aber es wird vielleicht seinem Nachfolger nicht so leicht werden, und der Karren wird stecken bleiben. Der Reichskanzler ist anerkanntermaßen der erste jetzt lebende Diplomat, aber die Methode der Diplomatie paßt nicht auf die weitere Entwickelung der nationalen Politik. Es ist nothwendig, eine klare, erkennbare Politik zu haben, wenn man eine Majorität von selbstständigen Männern auf seiner Seite haben will, und ich gestehe, daß ich seit Jahren die Ziele des Reichskanzlers in vielen Dingen nicht mehr erkennen kann. So geht es mir auch in Bezug auf den vorliegenden Gegenstand. Mir kommt es auch oft mehr auf die Wege an als auf die Ziele, weil auf dem Wege ein großer Theil des Rechtsgefühls verloren gehen kann. Es entgeht dem Reichskanzler zuweilen, daß das deutsche Volk neben seinem Nationalgefühl auch ein tiefes deutsches Rechtsgefühl besitzt, welches nicht verletzt werden darf, wenn es Befriedigung finden soll auf die Dauer am deutschen Reich und der Person des Reichskanzlers. (Beifall links.)

Der erneute Antrag auf Schluß wird angenommen.

Es folgen persönliche Bemerkungen, und nach einem Resumee des Referenten wird zur Abstimmung geschritten. — Der Antrag Bennigsen auf Zurückweisung an die Kommission wird mit 125 gegen 125 Stimmen abgelehnt.

Es wird darauf über die einzelnen Paragraphen, deren die Vorlage 37 hat, abgestimmt.

Die §§ 1—3 werden angenommen.

Ueber Art. 4, welcher die eigentlich meritorischen Bestimmungen enthält, beantragt Abg. Richter (Hagen) namentlich abzustimmen, findet aber nicht die nöthige Unterstützung von 50 Mitgliedern; durch itio in partes wird Art. 4 mit 134 gegen 114 Stimmen abgelehnt; dasselbe Schicksal findet der Schlußartikel 37, welcher das Datum des Inkrafttretens der einzelnen Bestimmungen des Vertrages enthält.

Die Abstimmung über den Antrag der Kommission ist eine namentliche; derselbe wird mit 110 gegen 138 Stimmen abgelehnt; (4 Mitglieder haben sich der Abstimmung enthalten), der Vorbehalt, den die Kommission hinzugefügt, ist also gestrichen.

In rascher Folge und ohne Debatte werden darauf die folgenden Gegenstände der Tagesordnung erledigt: die Gesetzentwürfe betr. den Auslieferungsvertrag mit Uruguay; betr. die Konsulargerichtsbarkeit in Egypten; betr. die Kontrole des Reichshaushalts und des Landeshaushalts von Elsaß-Lothringen; die zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn geschlossenen Abkommen: 1) der am 1. April 1880 zu Berlin unterzeichneten Uebereinkunft wegen weiterer provisorischer Regelung der Handelsbeziehungen; 2) des am 25. Februar 1880 zu Berlin unterzeichneten Vertrages wegen Beglaubigung der von öffentlichen Behörden und Beamten ausgestellten oder beglaubigten Urkunden. Der Gesetzentwurf betreffend die Konsulargerichtsbarkeit in Bosnien und in der Herzegowina, die Uebereinkunft zwischen Deutschland und Belgien vom 22. April 1880 wegen provisorischer Regelung der Handelsbeziehungen, und die Uebereinkunft zwischen Deutschland und der Schweiz wegen weiterer provisorischer Regelung der Handelsbeziehungen werden auf Grund der in zweiter Berathung unverändert angenommenen Vorlagen genehmigt; ebenso werden die Uebersichten der Ausgaben und Einnahmen des deutschen Reiches für das Etatsjahr 1878—1879 definitiv erledigt und eine Anzahl von Petitionen als zur Erörterung im Plenum nicht geeignet erklärt.

Nächste Sitzung Abends 8 Uhr.

T.-O.: Dritte Berathung der Elbschifffahrtsakte.

Schluß 5½ Uhr.

---

## Abendsitzung.

50. Sitzung vom 10. Mai.

Präsident Graf von Arnim eröffnet die Sitzung um 8¼ Uhr.

Am Tische des Bundesraths: Graf v. Stolberg-Wernigerode, Hofmann, von Philipsborn, von Schelling, Bitter.

Tagesordnung:

Dritte Berathung der Elbschifffahrtsakte.

Von den Abgg. v. Seydewitz und Genossen liegt ein Antrag auf Wiederherstellung der Artikel 4 und 37 vor. Dagegen beantragen die Abgg. Delbrück und Windthorst die Zurückverweisung der Vorlage an die Kommission zur schriftlichen Berichterstattung.

Abg. Windthorst motivirt kurz seinen Antrag, für den, wie Abg. Richter erklärt, nunmehr auch die Fortschrittspartei stimmen wird, da materiell schon in der zweiten Berathung über die Vorlage entschieden worden sei. Hamburg werde aus dieser Abstimmung wesentlich eine Beruhigung für seine Freihafenstellung schöpfen.

Abg. Graf Udo zu Stolberg plaidirt für den Antrag Seydewitz.

Bei der Abstimmung wird der Antrag Delbrück-Windthorst angenommen.

Damit ist die Tagesordnung erledigt.

Der Präsident giebt nunmehr die übliche Uebersicht über die Geschäfte des Hauses während der nunmehr abgelaufenen Session.

Abg. v. Bennigsen spricht Namens des Hauses dem Präsidenten Dank und Anerkennung für seine unparteiische Geschäftsführung aus und fordert das Haus auf, sich zum Zeichen der Zustimmung von den Plätzen zu erheben.

(Die Mitglieder erheben sich hierauf von ihren Sitzen.)

Nachdem der Präsident sodann noch den Vicepräsidenten, den Schriftführern, sowie dem Gesammtvorstande den Dank für die Unterstützung in der Geschäftsführung ausgesprochen, erhält das Wort der Vicepräsident des preußischen Staatsministeriums Graf zu Stolberg-Wernigerode zur Verlesung einer Allerhöchsten Botschaft, gezeichnet Wiesbaden, den 5. Mai. Dieselbe ermächtigt den Reichskanzler eventuell dessen Vertreter, Grafen zu Stolberg, den Reichstag am 10. Mai im Namen der verbündeten Regierungen auf Befehl des Kaisers zu schließen.

Nach Vorlesung der Allerhöchsten Botschaft schließt der Präsident die Sitzung mit einem Hoch auf Se. Majestät den Kaiser, in welches das Haus dreimal begeistert einstimmt.

Schluß 8¾ Uhr.

---

## Provinzielles.

**Stettin**, 41. Mai. Das Fangen oder Tödten der Nachtigallen, Blaukehlchen, Rothkehlchen, Rothschwänze, Laubvögel, Grasmücken, Steinschmätzer, Wiesenschmätzer, Bachstelzen, Pieper, Zaunkönige, Pirole, Goldhähnchen, Meisen, Lerchen, Ammern, Dompfaffen, Finken, Hänflinge, Zeisige, Stieglitze, Baumläufer (Kleiber), Wiedehopfe, Schwalben, Staare, Dohlen, Naken, Mandelkrähen, Fliegenschnepper, Würger, Kukuke, Spechte, Wendehälse, Sperlinge, Tagschlafe, Bussarde (Mäuser oder Mäusefalken) und Eulen mit Ausschluß des Uhus, deren überwiegende Nützlichkeit durch Vertilgung von Insekten und anderem Ungeziefer außer allem Zweifel steht, ist nach einer Verordnung vom 29. Mai 1860 in der Zeit vom 1. Dezember bis 15 September verboten. Ferner sind alle Vorrichtungen zum Fangen der genannten Vögel, z. B. das Aufstellen von Leimruthen, Vogelnetzen, Schlingen, Dohnen, Sprenkeln, Fangkäfigen, während der genannten Schonzeit untersagt. Das Feilhalten solcher Vögel auf den Wochenmärkten und im Hausirhandel, das Ausnehmen der Eier oder der Brut und Zerstören der Nester dieser Vogelarten ist unbedingt verboten.

— Ende vorigen Monats fand in Berlin eine stark besuchte Versammlung von Berliner Fischhändlern statt, welche eine allgemeine Versammlung deutscher Fischhändler aus Deutschland, Oesterreich und der Schweiz, die wiederum am 23. und 24. d. M. stattfinden soll, vorzubereiten hatte. Es soll ein Verein deutscher Fischhändler gegründet werden, und ist ein Statut für denselben bereits ausgearbeitet, das in der Versammlung am 23. und 24 d. M. definitiv angenommen, vielleicht auch noch in einigen Punkten verändert werden wird. § 1 des provisorischen Statuts lautet: Der Verein deutscher Fischhändler hat den Zweck, das Interesse seiner Mitglieder Regierungen, Behörden und Privaten gegenüber zu vertreten. Unsere Provinz dürfte zu der Zahl der Mitglieder ein großes Kontingent stellen. Je größer die Zahl und je bedeutender die Verbindungen der Vereinsmitglieder sind, desto mächtiger wird der Verein werden und desto greifbarer werden seine Erfolge zum Besten des Fischhandels sein, und zwar nicht blos zum Nutzen der Fischhändler, sondern auch, wie wir überzeugt sind, zum Vortheil der Abnehmer gereichen.

— Internationale Ausstellung von Hunden aller Racen vom 21. bis 25. Mai in Berlin. Die Anmeldungen zu dieser Ausstellung sind so reichlich eingegangen, daß ein großer Theil zurückgewiesen werden mußte. Es werden 1050 einzelne Hunde resp. Würfe und 2 Meuten ausgestellt sein, deren Gesammt-Kopfzahl etwa 1200 betragen wird. Auf dem Plateau von Tivoli erhebt sich bereits eine kleine Stadt, über 1000 Wohnungen elegant und praktisch erstehen, um die beliebten Vierfüßler aufzunehmen. Eine stattlichere Reihe von Neufundländern, Alpen- oder Bernhardhunde und Doggen, lauter ausgesucht große Exemplare und nahe 300, hat noch niemals beisammen gestanden und werden einen imposanten Anblick gewähren. Es werden einige Hunde ausgestellt, welche als ganz hervorragende Exemplare die Kleinigkeit von pro Kopf 20,000 Mark kosten. Auch in allen anderen Klassen werden vorzügliche Hunde vertreten sein. Unsere Nachbarn in England betheiligen sich mit nahe 200 Köpfen. Das in London erscheinende erste Sportblatt Englands „The field" vom 1. Mai d. J. schreibt: „Die Ausstellung in Berlin wird die großartigste sein, und mit besseren Hunden besetzt, als wir seit Jahren in England eine Ausstellung gehabt haben. Wir freuen uns über dieses Resultat und beglückwünschen unsere deutschen Freunde zu diesem Erfolg." So eine in England sehr renommirte Zeitung. Die feierliche Eröffnung wird am 21. Mai, Vormittags 10 Uhr, von dem Prinzen Carl von Preußen erfolgen und werden zu derselben Se. Majestät der Kaiser, die königlichen Prinzen, die Spitzen der Behörden, die Presse und viele hervorragende Personen besonders eingeladen werden. Ein großartiges Festbankett wird am 22. Mai auf Tivoli stattfinden.

— Geschlossene Gesellschaften, die an ihre Mitglieder Wein und dergleichen Handelsartikel abgeben, pflegten bisher in Preußen gewerbesteuerfrei zu sein. Nach einer kürzlich ergangenen Entscheidung des Finanzministers wird das in Zukunft nicht mehr der Fall sein. Der Minister hat nämlich aus Anlaß einer speziellen Frage bestimmt, daß solche geschlossene Gesellschaften, Kasino-Gesellschaften, Ressourcen, Lesevereine, Freimaurerlogen u. s. w., soweit sie Wein- oder ähnlichen Handel treiben, indem sie solche Handelsartikel in großen Quantitäten beziehen und an ihre Mitglieder gegen Bezahlung verabfolgen, als zur Klasse A. II. gewerbesteuerpflichtig zu erachten sind. Voraussichtlich steht infolge dieser Entscheidung einer großen Anzahl geschlossener Gesellschaften die nicht gerade angenehme Ueberraschung dieser Heranziehung zur Gewerbesteuer und vielleicht sogar Nachzahlung derselben demnächst bevor.

— Am Sonnabend ist bei Mönchgut ein kleiner weißer Seehund gefangen, der mit Hornfischen gemeinschaftlich in die Reusen gegangen war. Derselbe ist nach Greifswald gebracht. Wenn auch nicht häufig vorkommend, so ist diese Abart doch nicht sehr selten, in dem Greifswalder zoologischen Museum sollen sich mehrere ausgestopfte Exemplare befinden.

— In der Nacht vom 10./11. d. M. wurden dem Büdner Pieper in Stolzenhagen aus verschlossenem Stalle mittelst Einbruchs 15 Stück Tauben im Werth von 27 M. gestohlen.

♂ **Arnswalde**, 8. Mai. Bei den Gehülfen des in Neuwedell wohnhaften Kaufmanns Hermann Haepp erschien am 6. d. Mts. der nach abgelaufener Dienstzeit vom Militär entlassene frühere Kaufmanns-Kommis Sp., welcher vor Jahren bei Herrn Haepp seine Lehrzeit beendet hatte, zum Besuch, und bat Erstere, ihm zu gestatten, da er anderen Tages zu seinen in Callies wohnhaften Verwandten zu reisen beabsichtigte, die Nacht dort schlafen zu dürfen, da er Behufs Aufwendung etwaiger Kosten für das Logis in einem Gasthause augenblicklich nicht genügend bemittelt sei. Diese sagten ihm das Nachtquartier bereitwilligst zu und begab man sich gegen 11 Uhr Abends zu Bett. Als am anderen Morgen die Gehülfen erwachten und um sich schauten, war der saubere Herr Schlafkollege bereits verschwunden, und hatte derartig unter den Sachen der Gastgeber aufgeräumt, daß es ihnen nicht möglich war, das Bett zu verlassen; kurz Alles hatte Jener mitgehen heißen. Nachdem Herr Ha pp von diesem unliebsamen Vorfalle benachrichtigt war, wurden die nothwendigsten Kleidungsstücke herbeigeschafft, um es den beiden Gehülfen möglich zu machen, das Bett zu verlassen. Sofort in der Stadt Neuwedell und Umgegend gemachte Recherchen ließen den Dieb nicht ermitteln, Niemand hatte eine Spur, wohin sich derselbe gewendet haben konnte. Eine dieserhalb nach hierher gerichtete Depesche setzte die beiden hiesigen Polizisten in Bewegung und gelang es dem Marktmeister Miersch — der überhaupt ein sehr umsichtiger und gewissenhafter Polizeibeamter ist — nachdem er alle Lokale vergeblich revidirt hatte, am 7. d. M. Nachmittags den Dieb auf dem hiesigen Bahnhofe in flagranti zu ertappen. Dieser hatte sich mit 2 schweren Koffern in eine entlegene Ecke des Bahnhofes postirt, um mit dem Raube mit dem Nachmittags 3 Uhr nach Stettin abgehenden Zuge zu verschwinden. Miersch, dem das gegebene Signalement zutreffend erschien, ließ sich mit Sp. in ein Gespräch ein, und da er sich in seinen Redensarten in Widersprüche verwickelte, wurde er verhaftet und nach dem hiesigen Polizei-Arrest gebracht. Sp. behauptete hartnäckig, daß er von Nichts wisse und daß er gar nicht in Neuwedell gewesen sei, auch von dem dort stattgehabten Diebstahl keine Ahnung habe. Der von Neuwedell telegraphisch herbeigerufene Zeuge Kommis Reich rekognoszirte den Dieb sogleich, da er sich mit dem Sonntagsanzuge desselben kostümirt hatte. Heute am 8. d. früh ist Sp. per Transporteur nach Neuwedell geschafft worden, um sich wegen seines frechen Diebstahls zu verantworten.

---

## Vermischtes.

— (Ein wackeres Dorf.) Seinesgleichen findet das eine Stunde von Lugos in Ungarn gelegene Dörfchen Daruvar nur wenig; dort hat die fleißige Bevölkerung vor einigen Jahren aus den monatlich zusammengetragenen Kreuzern eine Sparkasse gegründet, welche nunmehr über ein Vermögen von 30,000 Fl. verfügt. Interessant ist es, daß die Sparkasse die Steuerrückstände der Dorfbewohner bezahlt, welche dann im Wege der Gemeindevorstehung nach der Ernte erhoben werden. Das Dorf besitzt ein Kasino, einen Schützenverein und einen gut geschulten Gesangverein. Noch weit interessanter erscheint uns die Thatsache, daß die Bevölkerung dieses wackeren ungarischen Dorfes durch und durch deutsch ist.

## Literarisches.

**Otto Hübner's statistische Tafel aller Länder der Erde** (Verlag von Wilh. Rommel in Frankfurt a. M.) ist soeben in neuer (29.) Auflage erschienen. Dieselbe enthält in übersichtlicher Weise die neuesten Daten über die wirthschaftlichen Verhältnisse aller Länder der Erde, wie Größe, Bevölkerung, Ausgaben, Schulden, Heer, Kriegs- und Handelsflotte, Ein- und Ausfuhr, Zolleinnahmen, Erzeugnisse, Geld, Maß, Gewicht, Eisenbahnen, Hauptstädte ꝛc.

Wir können diese statistische Tafel mit gutem Gewissen allen Freunden solcher Zusammenstellungen empfehlen, da sie mit vielem Fleiße und großer Gewissenhaftigkeit bearbeitet ist. [77]

---

## Viehmarkt.

**Berlin**, 10. Mai. Es standen zum Verkauf: 3387 Rinder, 6430 Schweine, 2117 Kälber, 18,083 Hammel.

Das Geschäft für Rinder hätte heute einen recht glatten Verlauf genommen, wenn der Auftrieb nicht so ungewöhnlich stark ausgefallen wäre; hierdurch wurde ein schleppender Verkauf hervorgerufen und wenn auch verhältnißmäßig wenig Ueberstand verblieb, konnte nur beste Waare den letzten Preis erzielen, während geringere Qualität zurückging: Feinste Qualität 60—63, Prima 53—54, Sekunda 48—50 und Tertia 40—42 Mark pro 100 Pfund Schlachtgewicht.

Für die anderen Viehgattungen verlief der Markt bedeutend besser, wofür das bevorstehende Pfingstfest nicht ohne Einfluß war.

Schweine, beste Mecklenburger und Pommern 57—59, Landschweine: kleine 50—52, bessere 55 bis 56, Russen 48—51 Mark pro 100 Pfund Schlachtgewicht bei einer Tara von 20 Prozent; Bakuner fehlten.

Kälber 40—50, beste 55 Pf. pro 1 Pfund Schlachtgewicht.

Hammel wurden, ähnlich wie in der Vorwoche, schon am Sonnabend und Sonntag zu drei Viertheilen verkauft, so daß der Markt heute frühzeitig geräumt war und auch fast dieselben Preise angelegt: 45—55, bestes gutgestapeltes Vieh und feine Lämmer auch 60 Pf. pro 1 Pfund Schlachtgewicht.

---

## Telegraphische Depeschen.

**Frankfurt a. M.**, 10. Mai. Der „Frankfurter Presse" wird von Berlin depeschirt, daß die Verhandlungen mit Rom völlig abgebrochen seien.

**Finsterwalde**, 10. Mai. Die hier versammelten Delegirten der deutschen Wollenwaaren-Fabrikanten haben heute folgende Resolution an den Reichskanzler Fürsten von Bismarck beschlossen: Der Centralverein deutscher Wollenwaaren-Fabrikanten, der heut in Finsterwalde zahlreich versammelt ist, spricht dem Herrn Reichskanzler seinen tiefgefühltesten Dank dafür aus, daß er die Frage des Zollanschlusses der Hansestädte in Anregung gebracht hat und bestrebt ist, unter Ausschluß von Verfassungsstreitigkeiten einen Ausgleich zwischen den Interessen des deutschen Vaterlandes und denen der Hansestädte zu Stande zu bringen.

**Elberfeld**, 10. Mai. In der heutigen Generalversammlung der Aktionäre der Lebensversicherungs-Gesellschaft wurde die Divideude auf 27 M. gleich 4½ pCt. festgesetzt.

**Straßburg i. E**, 10. Mai. Die „Elsaß-Lothringische Zeitung" veröffentlicht die Namen der zwölf durch Allerhöchstes Vertrauen auf 3 Jahre berufenen Mitglieder des Staatsrathes für Elsaß-Lothringen. Es sind dies neben dem Chef des Generalstabes des XV. Armeekorps, Oberst v. Werder, und den Professoren Laband und Geffken, 9 Elsässer resp. Lothringer, darunter der Präsident und 7 Mitglieder des Landesausschusses, sowie der frühere Reichstags-Abgeordnete Bergmann.

**Wien**, 10. Mai. Abgeordnetenhaus. Der Antrag der Minorität auf Anerkennung der oberösterreichischen Großgrundbesitzwahlen wurde nach längerer Debatte mit 163 gegen 159 Stimmen abgelehnt. Diese Wahlen sind somit annullirt. Der Abg. Herbst beantragte, zur Prüfung der Antwort des Justizministers auf die Interpellation betreffend die Sprachenverordnungsfrage einen Ausschuß von 14 Mitgliedern einzusetzen. Seitens des Finanzministeriums wurde ein Gesetzentwurf wegen Abänderung des Zuckersteuergesetzes vorgelegt. Der Abg. Wurmbrand brachte den Antrag ein, daß die deutsche Sprache zur Reichssprache erklärt werde. In Beantwortung einer hierauf bezüglichen Interpellation theilte Ministerpräsident Taaffe mit, die Landesregierung in Serajewo habe den Auftrag, daß die politischen Behörden in allen Fällen, wo es sich um den Uebertritt von Personen vom Mohamedanismus zum Christenthum handele, sich jeder Einmischung auf das Strengste enthalten und solche Personen an die betreffenden geistlichen Vorstände weisen sollten. Der Vorsteher des Kreisamtes Visoka, der in einem Erlasse den Mohamedanern den Uebertritt zum Christenthum verboten habe, sei deshalb von seinem Posten entfernt worden.

**Pest**, 10. Mai. In der heutigen Generalversammlung der ungarischen Frauenwohlthätigkeitsvereine des rothen Kreuzes führte die Kaiserin den Vorsitz.

**Genua**, 10. Mai. Die Kronprinzessin Victoria hat heute Abend die Rückreise nach Berlin angetreten. Zur Verabschiedung waren die Spitzen der Behörden auf dem Bahnhofe anwesend.

**Washington**, 8. Mai. Der Finanz-Ausschuß der Repräsentantenkammer beendigte in seiner heutigen Sitzung die Revision der Zolltarife. Derselbe setzte den Zoll auf Holzfaser auf 10 Prozent fest und hielt die Zölle auf die übrigen bei der Papier-Fabrikation verwendeten Artikel, sowie auf Papier selbst aufrecht. Endlich wurden die Zölle auf Handwerkszeug im Allgemeinen herabgesetzt.